

Antrag

der Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Daniel Bahr (Münster), Ernst Burgbacher, Helga Daub, Dr. Christian Eberl, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Historischer Erweiterungsgipfel verstärkt Druck auf innere Reformen der Europäischen Union

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Europäische Rat Kopenhagen hat den Weg zur Erweiterung der Europäischen Union um 10 neue Staaten bis zum Jahr 2004 endgültig freigemacht. Damit ist die historisch größte und bedeutendste Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai 2004 seit der 1958 erfolgten Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft politische Realität geworden. Nach der Norderweiterung 1973 mit Dänemark, Großbritannien und Irland, der ersten Süderweiterung um Griechenland, der zweiten Süderweiterung 1986 um Spanien und Portugal sowie dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens 1995 bedeutet die Osterweiterung der Europäischen Union und die Aufnahme Maltas und Zyperns einen epochalen Umbruch. Auf dieses historisch einmalige Ereignis haben besonders liberale Außenminister jahrzehntelang unermüdlich und unbeirrt hingearbeitet. Die erst durch den Mut der osteuropäischen Nachbarstaaten ermöglichte deutsche Einheit ebnete den Weg zur Europäischen Union der 25 im Jahr 2004, dem Europa der Freiheit, des Friedens, der Rechtsstaatlichkeit und der wirtschaftlichen Entwicklungschancen. Mit 451 Millionen Bürgerinnen und Bürgern wird die Europäische Union mit ihrer ökonomischen Kraft ihr politisches Gewicht in der Welt stärken können und müssen. Die großen internationalen Herausforderungen verlangen besonders angesichts der mit dem 11. September 2001 sichtbar gewordenen terroristischen Gefahren eine auch außenpolitisch handlungsfähige Europäische Union, die mit einer Stimme die Interessen Europas im 21. Jahrhundert formuliert und wirkungsvoll vertritt.

Diese Osterweiterung ist eine gute Zukunftsinvestition für die Europäische Union und für Deutschland. Nun kommt es darauf an, den Bürgerinnen und Bürgern in den bisherigen Mitgliedstaaten der Union besser als bisher die Chancen und Vorteile der Osterweiterung zu verdeutlichen sowie den weit verbreiteten Ängsten und Befürchtungen in der Bevölkerung konstruktiv zu be-

gegenen. Dies gilt insbesondere auch für die Grenzregionen zu Polen und der Tschechischen Republik, deren Vorbereitungen auf die Überwindung ihrer Grenzlage, vor allem die grenzüberschreitenden Kooperationsprojekte, aktiv unterstützt werden müssen.

Der Deutsche Bundestag hält eine breit angelegte Serie von Großveranstaltungen, mit denen die Bürger auf die Erweiterung und eine Europäische Verfassung vorbereitet werden, für notwendig, um Vorurteilen, Populisten und Ängsten entgegenzuwirken. Die enormen Anstrengungen der Beitrittskandidatenländer zur Vorbereitung auf den Beitritt müssen ihre Entsprechung in der Reformbereitschaft und Reformfähigkeit der Europäischen Union finden. Wenn es nicht gelingt, die innere Struktur der Union noch vor ihrer Erweiterung so zu reformieren, dass Effizienz und Handlungsfähigkeit aufrecht erhalten bleiben und gleichzeitig die demokratische Legitimität der Europäischen Union gestärkt wird, läuft sie Gefahr, auseinanderzufallen und gleichzeitig zunehmend an Zustimmung ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verlieren. Die Bundesregierung ist gefordert, Tendenzen zum Intergouvernementalismus entgegenzuarbeiten und sich für eine gewaltenteilige föderal strukturierte Europäische Union einzusetzen. Die Hoffnungen und Erwartungen der europäischen Regierungen und ihrer Bürgerinnen und Bürger ruhen auf dem Europäischen Verfassungskonvent. Wenn es ihm nicht gelingt, einen umfassenden, kohärenten Entwurf einer Europäischen Verfassung zu erarbeiten, dann wird auch die anschließende Regierungskonferenz an dieser Aufgabe scheitern.

Um diese Aufgabe erfolgreich zu meistern, muss die deutsche Europapolitik besser koordiniert werden. Es ist ein erschreckendes Ergebnis, wenn der Bundesrechnungshof vor kurzem in einer Studie der deutschen Europapolitik einen Mangel an strategischer Führung, eine fehlende Prioritätensetzung und eine unzureichende Abstimmung mit den Ressorts vorwirft.

In den Beitrittsländern bestehen allerdings noch erhebliche Risiken für die Erweiterung, insbesondere in den Ländern, in denen eine Volksabstimmung für den Beitritt erforderlich ist. Um den Beitritt nicht noch auf der Zielgeraden scheitern zu lassen, ist eine massive Unterstützung der jeweiligen Regierungen bei der innenpolitischen Überzeugungsarbeit durch die Kommission, durch die Bundesregierung, durch die nationalen und europäischen Parteien sowie die politischen Stiftungen dringend erforderlich.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung nun endlich den Wert der deutsch-französischen Zusammenarbeit für die künftige Gestalt der Union offenbar wieder erkannt hat. Für die Weiterentwicklung der Union sind deutsch-französische Initiativen von entscheidender Bedeutung.

Der Deutsche Bundestag tritt für einen offenen und ehrlichen Dialog mit der Türkei ein. Der Beschluss des Europäischen Rates in Kopenhagen, der Türkei den Beginn von Beitrittsverhandlungen in Aussicht zu stellen, ist eine Fortsetzung der bisherigen Politik seit dem Abschluss des Assoziierungsabkommens 1963, der der Türkei prinzipiell eine Möglichkeit zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union eröffnet. Die Türkei muss wie alle anderen Beitrittskandidaten die politischen Kopenhagener Kriterien erfüllen, bevor Beitrittsverhandlungen beginnen können. Einen Automatismus bei der Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union darf es nicht geben.

Die EU ist sich beim Europäischen Rat Kopenhagen treu darin geblieben, einerseits den Druck auf die Türkei zur Durchsetzung von Reformen aufrecht zu erhalten, andererseits ihr die Tür zur Beitrittsperspektive nicht zuzuschlagen. Der Deutsche Bundestag begrüßt es, dass der Druck durch eine geschickte Verhandlungsführung der dänischen Präsidentschaft aufrecht erhalten werden konnte, obwohl ihn die Bundesregierung wegen der erforderlich gewordenen Reparatur des deutsch-amerikanischen Verhältnisses aufgegeben hatte.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für eine zügige Unterzeichnung der Beitrittsverträge und für deren schnelle Ratifizierung einzusetzen;
2. verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, die Öffentlichkeit in Deutschland vom Nutzen der Osterweiterung zu überzeugen, und dazu dem Deutschen Bundestag ein umfassendes Konzept vorzulegen;
3. die Bemühungen der Grenzregionen, sich auf die Erweiterung vorzubereiten, zu fördern und hierbei insbesondere grenzübergreifende Kooperationsprojekte zu unterstützen;
4. sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass es zu einer grundlegenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2007 kommt;
5. die innenpolitischen Bemühungen der Beitrittsländer, ihre Bevölkerung auf den Beitritt vorzubereiten, aktiv zu unterstützen;
6. darauf hinzuwirken, dass die Regierungskonferenz 2004 möglichst rasch nach Abschluss der Konventsarbeiten zusammentritt und die Europäische Verfassung verabschiedet;
7. die Koordinierung der EU-Politik besser abzustimmen, die Verantwortlichkeiten klar festzulegen und dem Deutschen Bundestag eine Stellungnahme zur Studie des Bundesrechnungshofes zur EU-Koordinierung vorzulegen;
8. darauf hinzuwirken, dass die Europäische Verfassung den Bürgerinnen und Bürgern in Europa gleichzeitig mit den Europawahlen 2004 zur Bestätigung vorgelegt wird;
9. sich um einen ehrlichen, offenen Dialog mit der Türkei zu bemühen, der mit dem Ziel der Durchsetzung notwendiger Reformen zur Achtung der Menschenrechte, zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit, zur Stärkung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der Demokratie geführt wird.

Berlin, den 17. Dezember 2002

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Daniel Bahr (Münster)
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Dr. Christian Eberl
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Harald Leibrecht
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Ina Lenke
Markus Löning
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Gödern)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein

